

Kommunalwahlen 2009

Die Kölner Parteien zur Politik mit und für behinderte Menschen

Eine Auswertung der Kommunalwahlprogramme von*

- CDU
- SPD
- Bündnis 90/Grüne
- FDP
- ProKöln
- DIE LINKE.

* Ausgewertet wurden die im Internet verfügbaren Kommunalwahlprogrammprogramme derjenigen Parteien und Vereinigungen, die im Rat der Stadt Köln aktuell als Fraktion vertreten sind.

**zusammengestellt vom
Büro der Behindertenbeauftragten
Köln, 10.08.2009**

CDU

11 Punkte für Köln

<http://www.cdu-koeln.de/attachment.php?attachmentid=2641>

2. Soziales / Familie / Senioren

Am Leben teilhaben.

Eine körperliche oder geistige Behinderung darf in Köln kein Nachteil sein. Wir fordern die konsequente Integration behinderter Menschen in das Alltags- und Arbeitsleben. Dazu muss der öffentliche Raum in Köln so gestaltet werden, dass sich auch Menschen mit Behinderungen darin selbstverständlich und angstfrei bewegen können. Die CDU setzt sich für eine optimale Frühförderung behinderter Kinder von Geburt an ein. Wir wollen, dass betroffene Eltern und Familien mit Hilfsangeboten wirksam unterstützt werden. Wir fordern die Stadt Köln und die von ihr beeinflussten Unternehmen dazu auf, mehr Menschen mit Behinderungen einzustellen, denn bezahlte Arbeit ist ein wesentlicher Teil der Menschenwürde.

9. Verkehr

Unsere zukunftsorientierte Verkehrspolitik folgt dem Leitgedanken eines partnerschaftlichen Miteinanders von Fußgängern, Radfahrern, Auto- und Motorradfahrern und ÖPNV-Teilnehmern. Dazu gehört selbstverständlich auch, Menschen, deren Bewegungsfreiheit durch Behinderung eingeschränkt ist, mit barrierefreien Zugängen ein Höchstmaß an Mobilität zu ermöglichen.

SPD

Köln kann's besser

http://www.koelnspd.de/fileadmin/pdf/Partei/Dokumente/Kommunalwahlprogramm2009/Kommunalwahlprogramm_2009.pdf

Verkehr in Köln - mobile Stadt mit Wohnqualität

Bei der Planung von Gebäuden, Straßen und Einrichtungen des öffentlichen Personennahverkehrs legt die KölnSPD - auch angesichts des wachsenden Anteils älterer Bürgerinnen und Bürger - besonderen Wert auf Barrierefreiheit, das heißt auf die Zugänglichkeit für behinderte, ältere und mobilitätseingeschränkte Personen. Entsprechend der Erklärung von Barcelona, die die Stadt Köln unterschrieben hat (Zitat: „Die Kommunen ergreifen die erforderlichen Maßnahmen dafür, dass sich Personen mit Behinderungen ohne Einschränkung ihrer Mobilität in der Stadt bewegen können“) wollen wir schrittweise auch immer mehr Barrieren an bereits bestehenden Verkehrseinrichtungen beseitigen. Hierzu gehören die Absenkungen von Bordsteinen an Fußgängerüberwegen ebenso wie die Einrichtung von Rampen an Treppen oder der weitere Einbau von Aufzügen an Haltestellen, um nur einige Beispiele zu nennen. ... sollen die Anschlüsse für Stadtbahn und Busnetz verbessert werden, die angestrebte Barrierefreiheit im Stadtbahn- und Busnetz durch Bau entsprechender Bahnsteige, Rampen, Aufzüge, Fahrtreppen und Buskaps zügig umgesetzt und die Beschaffung von emissionsarmen Bussen durch die KVB (zum Beispiel Hybridantrieb) mit entsprechender Förderung durch die Stadt Köln vorangetrieben werden.

KölnSPD – nah bei den Menschen

... wird ein Investitionsprogramm über 10 Jahre aufgelegt, das den barrierefreien Umbau beziehungsweise den Neubau von Bürgerbegegnungsstätten zum Ziel hat.

Die Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts Gesund – Gerecht – Solidarisch!

Aus unterschiedlichen gesundheitlichen, sozialen, sicherheits- und verkehrstechnischen Gründen wird vielen älteren Menschen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt erschwert. Wir wollen:

- dass städtische Angebote barrierefrei erreichbar sind

Menschen mit Behinderungen sind Teil der Gesellschaft

Menschen mit Behinderungen bedürfen in unserer Gesellschaft besonderer Hilfen durch die Solidargemeinschaft, die Kommune und die gesamte Stadtgesellschaft. Deshalb wollen wir:

- die Strukturen für betreutes Wohnen durch eine angemessene Vergütung bedarfsgerecht ausbauen;
- die Barrierefreiheit im gesamten Stadtgebiet und in den öffentlichen Verkehrsmitteln konsequent umsetzen;

- Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt verstärkt fördern. Dazu gehören auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Integrationsbetriebe;
- integrative Wohnprojekte verstärkt fördern;
- soziale Netzwerken vor Ort ausbauen sowie die Nachbarschaftshilfe stärken;
- eine Starthilfe für Begleitung und Struktur der Behindertenhilfe, gegebenenfalls auch mit dem Einsatz von hauptamtlichen Kräften, durch die Kommune geben;
- weitere fünf Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) in Köln (in jeden Stadtbezirk eine Einrichtung) schaffen;
- die vorhandenen Strukturen der Behindertenhilfe erweitern, Anregungen und Kontakte durch Straßen- und Nachbarschaftsfeste oder Auslobung von Preisen verbessern;
- die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Kulturleben über kostenlosen Eintritt für diese Zielgruppe und für je eine Begleitperson in den städtischen Kultureinrichtungen fördern. Diese Förderung soll für volljährige Menschen mit wesentlicher Behinderung, die Eingliederungshilfen erhalten, gelten.

Darüber hinaus wollen wir:

- einen bedarfsgerechten Ausbau integrativer Kindertagesstätten-Plätze;
- einen bedarfsgerechten Ausbau der Plätze im gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern;
- mehr Blindenampeln und mehr behindertengerechte Toiletten im Stadtgebiet;
- die Wiedereinführung eines Behinderten-Fahrtendienstes (gegebenenfalls mit neuem Konzept);
- gezielte Trainingsprogramme, um mehr Menschen mit Behinderung in die Lage zu versetzen, selbstständig zur Werkstatt, Schule etc. unter Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs als Alternative zum Zubringerdienst fahren zu können.

Die Sicherung des Grundbedürfnisses auf Wohnen

- Das „Beschützte Wohnen/Service-Wohnen“ für Menschen mit Handicaps werden wir ausbauen.
- Wir werden ein Umbauprogramm „barrierefreies Wohnen“ im Bestand der Wohnungsbaugesellschaft initiieren.
- Auch im freifinanzierten Neubau sollte zukünftig ausschließlich „barrierefreier Wohnbau“ geplant werden.
- Betreute Wohngruppen als Alternative zur frühen Heimunterbringung werden wir ausbauen.
- Durch gezielte Programme muss die Schaffung barrierefreien Wohnraums und Wohnraum für bestimmte besonders unterversorgte Zielgruppen, zum Beispiel psychisch Kranke, vorgebracht werden.

Köln – auf dem Weg zur europäischen Bildungsmetropole

Wir wollen die Integration behinderter Kinder in unser Bildungssystem. Sie muss in der Kita beginnen und in der Grundschule und den weiterführenden Schulen fortge-

setzt werden. Eltern und ihre Kinder sollen frei wählen können, ob sie ihr Kind in eine spezialisierte Förderschule oder in den gemeinsamen Unterricht schicken wollen. Deshalb hat die SPD im Rat beschlossen, die Plätze im Gemeinsamen Unterricht auf 1400 zu verdoppeln.

KölnSPD - verlässlicher Partner für den Sport

Die Zahl der Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung nimmt zu. Dieser Personenkreis hat ein besonderes Recht darauf, dass ihm angemessene Sportmöglichkeiten geboten werden. Sportstätten sind möglichst barrierefrei zu gestalten. Wir Sozialdemokraten fördern in besonderer Weise die Vereine, die Behinderte in ihr Vereinsleben integrieren und ihnen damit die Teilhabe am Gemeinschaftsleben im Sport ermöglichen.

Bündnis 90 / Grüne

Zeit für grün

<http://www.gruenekoeln.de/fileadmin/kv/2009/Kommunalwahl/KommunalWahlprogramm2009GrueneKoeln.pdf>

Wohnen

- Errichtung qualitativ hochwertiger und barrierefreier neuer Sozialwohnungen

Bildung

- Abschaffung aller Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem
- Ausbau der Integration von Kindern mit Behinderungen in allen Formen von Vorschule und Schule

SeniorInnen

- Barrierefreien Wohnraum mit guter Nahversorgung schaffen

Menschen mit Behinderung

Eine Stadt für Alle

Umfassende Teilhabe in allen Lebensbereichen: Gleiche Rechte und Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen – das ist und bleibt GRÜNES Leitprinzip.

Barrierefreiheit soll Kölner Markenzeichen werden

Alle Plätze und öffentlichen Gebäude müssen barrierefrei und damit für alle Menschen erreichbar sein. Nur so können RollstuhlfahrerInnen, Gehbehinderte und mobilitätseingeschränkte Menschen am sozialen und öffentlichen Leben teilhaben. Zur Barrierefreiheit gehört selbstverständlich auch der Zugang zu Dienstleistungen und Informationen in allen Bereichen der städtischen Verwaltung.

Ambulant vor stationär

Die Kölner GRÜNEN unterstützen den Vorrang des eigenständigen und selbstbestimmten Wohnens vor stationärer Betreuung. Die ganzheitliche und emanzipatorische Beratung nach dem Prinzip des „Peer Counseling“ (Behinderte beraten Behinderte) ist in Köln richtungweisend. Daher möchten wir das „Zentrum für selbstbestimmtes Leben“ (ZSL) und ähnliche Beratungseinrichtungen weiter stärken.

Passgenauer Wohnraum für Menschen mit Behinderung

In Köln steht nach wie vor zu wenig geeigneter Wohnraum für behinderte und die ständig wachsende Zahl älterer Menschen zur Verfügung.

Wir unterstützen daher auch die Förderung und Entwicklung neuer Wohnkonzepte, die die Bedürfnisse älterer, chronisch kranker und behinderter Menschen berücksichtigen.

GRÜNE Vorhaben für die nächsten fünf Jahre für Menschen mit Behinderung

- Barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel und Haltestellen
- Barrierefreie Gestaltung aller Kölner Bürgerzentren
- Schaffung preiswerten barrierefreien Wohnraums für behinderte und ältere Menschen im Zuge von Modernisierungen grundsätzlich Ausstattung mit Aufzügen
- Ausbau des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung in allen Schulformen
- Behindertenvereinen und der Selbsthilfelandchaft weitere Kompetenzen einräumen und ihre Arbeit fördern
- Hilfen aus einer Hand: Integration aller Leistungen für Menschen mit Schwerbehinderung in die bestehenden sozialen Hilfesysteme

FDP

Köln kann mehr

<http://www.koeln-kann-mehr.de/documents/programmbroschuere09A4.pdf>

II. Köln kann mehr Mobilität: Köln bewegen.

- **Gerade für gehbehinderte und ältere Menschen** sind gut instand gesetzte Gehwege ohne Barrieren ein Muss, um am öffentlichen Leben teilzunehmen und ihre Eigenständigkeit zu bewahren. Wir werden immer älter (demographische Entwicklung). Darauf muss sich eine Stadt wie Köln - endlich - einstellen. Schludrigkeit und Vernachlässigung können wir uns beim Bauen nicht leisten. Wir wollen darum die Barrierefreiheit zu einem Schwerpunktthema beim nächsten Bürgerhaushalt machen. Aus den Vorschlägen der Kölnerinnen und Kölner wollen wir ein Maßnahmenpaket schnüren, um die Gehwege Kölns zu sanieren und barrierefrei zu gestalten.
- **Zur Sanierung und barrierefreien Gestaltung Kölner Gehwege** ist ein Maßnahmenprogramm aufzulegen.
- **Für die Realisierung weiterer Barrierefrei-Maßnahmen** fordert die FDP eine konzentrierte Aktion in Köln unter Federführung der Stadt. Unter Beteiligung Externer, z. B. KVB, KölnBäder, RheinEnergie, Wohlfahrtsverbänden, Behindertenverbänden, Handwerkskammer, IHK ist ein Aktionsplan zu erarbeiten, damit mehr Barrierefrei-Maßnahmen in anstehende Planungen aufgenommen und realisiert werden können. Mit den Kulturverantwortlichen soll eine behindertengerechte Konzeption und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Ausstellungen erarbeitet werden.

V. Köln kann mehr in Bildung.

- **Das Angebot an Plätzen** in Förder-, integrativen Grund- und weiterführenden Schulen muss an die Bedürfnisse der Eltern bzw. deren Kinder mit einer Behinderung angepasst und entsprechend beibehalten bzw. ausgebaut werden. Dabei muss die bestmögliche Förderung des Kindes im Vordergrund stehen.

XIII. Köln kann mehr Behindertenfreundlichkeit.

Köln muss die behindertenfreundlichste deutsche Stadt werden. Wir haben durch unsere Initiativen in den letzten Jahren schon viel erreicht. Trotzdem liegt vor uns noch ein weiter Weg. Die Lösung vieler Probleme ist auch für Menschen mit anderen Handicaps wichtig. Beispiel Barrierefreiheit:

Menschen im Rollstuhl sind auf sie genauso angewiesen wie die junge Mutter mit einem Kinderwagen. Wir müssen deswegen unsere Stadt weiterhin konsequent attraktiver machen für große Teile der Bevölkerung.

- **Köln muss weiterhin konsequent** barrierefrei werden. Vielmehr als bisher muss das bei Neubauten und Renovierungen berücksichtigt und abgefordert werden. Der öffentliche Raum ist für alle Menschen da. Das gilt nicht nur für Straßen, Plätze, Bahnhöfe, U-Bahnstationen und Gebäude, sondern auch Museumsausstellungen, Internetseiten, Formulare und andere Vorgänge des täglichen Bedarfs.
- **Wir wollen**, dass ein Gesamtkonzept zur touristischen und kulturellen Entwicklung und Vermarktung Kölns speziell für ältere und behinderte Menschen entwickelt wird. Hierzu werden zunächst die Konzepte und Maßnahmen in anderen nationalen und

internationalen Städten erhoben und daraufhin untersucht, mit welchem Erfolg diese eingerichtet wurden. Für die Verwirklichung eines Gesamtkonzepts werden in den Prozess nicht nur Verwaltungsfachleute, sondern Experten aus den Bereichen Tourismus, Hotellerie, Gastronomie, Kultur, Verkehr, Behinderten- und Seniorenverbände etc. eingebunden.

- **Vorab wollen wir für alle Menschen** mit Behinderung in jedem städtischen Museum die Möglichkeit bieten, einer Auswahl an Exponaten unter Anleitung zu erleben. Die viel intensiver ausgeprägten Sinne von Menschen mit Handicaps müssen in Ausstellungskonzeptionen mehr als bisher berücksichtigt werden.

- **Wir haben uns mit großem Erfolg** für die Einrichtung einer Behindertenbeauftragten in der städtischen Verwaltung eingesetzt. Die vielen Initiativen und Anfragen zeigen, wie wichtig dieser Schritt war. Trotz großen Einsatzes des kleinen Teams nehmen die Probleme und damit die Bearbeitungszeiten zu. Wir wollen eine personelle Stärkung und eine direkte Anbindung an den Oberbürgermeister. So kann schneller und effektiver zwischen den einzelnen Dezernaten mit den unterschiedlichen Sachgebieten vermittelt werden und der Anteil strategischer Arbeit gestärkt werden. So bekommen die täglichen Aufgaben und Herausforderungen das Gewicht, das sie benötigen.

Bürgerbewegung pro Köln e.V.

<http://www.pro-koeln-online.de/stamm/programm.htm>

Keine Aussage

DIE LINKE.

Für ein solidarisches Köln

http://www.die-linke-koeln.de/fileadmin/lcmaskvkoeln/Kreisvorstand_Material/KommunalwahlKoeln2009.pdf

4. Soziales

- die Sanierung der Bürgerzentren und -häuser einschließlich eines behindertengerechten Ausbaus und die Modernisierung des Inventars.

7. Verkehr

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Menschen mit einem Handicap am Verkehr teilnehmen können. Dies gilt nicht nur für Menschen mit einer Gehbehinderung, auch die Bedürfnisse von sehbehinderten und alten Menschen müssen Berücksichtigung finden.

10. Schule und Weiterbildung

Integration von Kindern mit Behinderungen in Köln wohnortnah gewährleisten!
Der Gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern hat sich bewährt – trotz aller Beschränkungen. Die Mitarbeit von Sonderpädagoginnen und –pädagogen in allen Schulen ist ein Gewinn für alle Kinder. Gemeinsamer Unterricht ist ein Schritt zur Verwirklichung des Rechts aller Schüler und Schülerinnen, unabhängig von ihren Fähigkeiten oder Beeinträchtigungen sowie von ihrer ethnischen, kulturellen oder sozialen Herkunft miteinander und voneinander in „einer Schule für alle“ zu lernen. Im Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, dem die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist, wird das Recht auf eine integrative Beschulung ohne Aussonderung ausdrücklich anerkannt. Es widerspricht dem Gedanken der Inklusion, und es ist auch wirklichkeitsfremd, per Gutachten zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu unterscheiden und damit eine Gruppe zu stigmatisieren. Die im gemeinsamen Unterricht mitarbeitenden Sonderpädagoginnen und –pädagogen kümmern sich ja um alle Kinder, den irgendwo haben alle einen besonderen Förderbedarf. Wir fordern:

- eine feste Quote von Sonderpädagogen und -innen an jeder Schule, unabhängig von einem per Gutachten festgestellten Förderbedarf. Gemeinsamer Unterricht soll nicht nur in Grundschulen, sondern auch an allen weiterführenden Schulen die Regel sein.
- Jedem Kind, dessen Eltern die Integration in die Regelschule wünschen, einen Platz einzuräumen. Dies gilt in den kommenden Jahren vor allem für weiterführende Schulen.
- Die Ressourcen der Förderschulen zugunsten eines gemeinsamen Unterrichts (GU) zu nutzen und die Förderschulen auf ein notwendiges Minimum zu beschränken.
- Die Ersetzung des Schulentwicklungsplanes durch einen Integrationsplan.

19. Behindertenpolitik

Für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung
Für DIE LINKE. Köln ist Behindertenpolitik ein Thema, das in alle Politikfelder einfließen muss. Unser Ziel ist es, allen Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu ermöglichen. Eine solche Teilhabe kommt allen Menschen zu Gute, denn Behinderungen – eigene und solche, die von Außen gesetzt sind – kennen wir alle im täglichen Leben, besonders diejenigen von uns, die alt oder krank sind oder als Eltern kleine Kindern haben. Allerdings ist das Verständnis von Barrierefreiheit oft noch zu sehr an Menschen orientiert, die körperbehindert sind und berücksichtigt andere Arten von Behinderungen wie Taubheit, Blindheit oder geistige Behinderung zu wenig. Alle Menschen in dieser Gesellschaft haben ein Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in gegenseitiger Achtung und Anteilnahme.

DIE LINKE. Köln spricht in diesem Sinne lieber von der Politik der Inklusion (die alle mit einbezieht).

In Köln gibt es schon seit einigen Jahren ausgesprochen positive Ansätze, das Thema Behindertenpolitik in die Öffentlichkeit zu transportieren und voranzutreiben.

So wurde im Jahr 2003 die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik gegründet und auf ihr Betreiben hin 2008 die Stelle einer Behindertenbeauftragten für die Stadt Köln geschaffen. Im Jahr 2006 wurde die UN-Konvention „Über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ verabschiedet, der sich auch die Stadt Köln verpflichtet fühlt. Die Kölner Erklärung des Landesbehindertenrates vom Mai 2007 beruft sich unter dem Motto „Menschenrechte für alle“ auf diese Konvention, in der unter anderem „die volle und gleichberechtigte Ausübung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen“ gefordert wird.

2007 trat die Stadt Köln als erste Stadt dem Unternehmensnetzwerk „Diversity als Chance – Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschlands“ bei. Mit der Unterschrift verpflichtete sich die Stadt, in ihren Unternehmen und Einrichtungen „Vielfalt anzuerkennen und wertzuschätzen sowie ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist.“ 2008 unterzeichnete sie die sogenannte Erklärung von Barcelona „Die Stadt und die Behinderten.“

Die Stadt Köln verpflichtet sich damit, in 16 verschiedenen Teilbereichen der Kommunalpolitik eine bessere Wahrnehmung behinderter Menschen, ihrer Rechte, Bedürfnisse und Potentiale und ihrer Mitwirkung am öffentlichen Leben“ aktiv zu fördern.

So groß die Anstrengungen auch sind, die die Stadt Köln im Bereich der Behindertenpolitik unternommen hat – noch immer scheitern Menschen mit Behinderungen an Barrieren, die ihnen gesetzt werden oder werden ausgegrenzt – auch in Köln. Längst nicht alle Verkehrsmittel sind barrierefrei zu erreichen. Der Deutzer Bahnhof ist ein besonders krasses Beispiel für fehlende Barrierefreiheit in Köln. Und oft sind Schwimmbäder, Kinos, Theater oder andere öffentliche Einrichtungen für behinderte Menschen wegen fehlender Rampen oder Aufzüge nicht zu erreichen.

Für Menschen mit Behinderungen ist es oft schwer, überhaupt ein Gebäude zu finden, dann hereinzukommen und das Gebäude zu nutzen. Außerdem fehlen in vielen öffentlichen Gebäuden Behindertentoiletten.

Viele Straßen in der Stadt stellen für Blinde, Rollstuhlfahrer und -fahrerinnen und Eltern mit Kinderwagen schwer überwindbare Hindernisse dar, etwa weil die Gehwege zu schmal sind, Blindenleitsysteme fehlen, an den meisten Ampeln die akustischen Signale fehlen und die Grünphasen zu kurz sind.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Vermittlungschancen für Menschen mit Behinderungen in geregelte, tariflich entlohnte und versicherungspflichtige Berufstätigkeit.

Ihr Anteil an den Erwerbslosen ist auch in Köln überdurchschnittlich hoch. Und: Die Kölner Erklärung vom Mai 2007 fordert das Recht von Menschen mit und ohne Behinderung auf ein integratives Bildungssystem. Davon ist Köln noch weit entfernt, ganz besonders im Bereich von weiterführenden Schulen.

DIE LINKE. Köln tritt ein für

- die Barrierefreiheit in allen öffentlich zugänglichen Gebäuden und im öffentlichen Straßenraum. Sie fordert die Bereitstellung von Gebärdendolmetschern, Wandprojektionen, Induktionsschleifen und anderer technischer Hilfsmittel bei öffentlichen Veranstaltungen, in Museen, Philharmonie, Theater und Schauspielhaus. Wir fordern von der Stadt Köln eine Vorbildfunktion besonders in den Bürgerhäusern und im Kulturbereich.
- weitere Plätze in integrativen Kindertagesstätten und Kindergärten und im gemeinsamen Unterricht (GU) in den Grundschulen wie auch besonders in den weiterführenden Schulen. In Köln müssen alle Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen, die in der Grundschule am GU teilgenommen haben, im GU einer weiterführenden Schule einen Platz finden. Außerdem spricht sich DIE LINKE. Köln gegen die Errichtung weiterer Förderschulen aus. Sie fordert, dass der bisherige Schulentwicklungsplan durch einen „Integrationsplan“ ersetzt wird.
- erheblich mehr Anstrengungen der Stadt Köln für den Bau barrierefreier Wohnungen. In jedem neugebauten Mehrfamilienhaus muss es mindestens eine barrierefreie Wohnung geben. In allen von der Stadt oder den städtischen Gesellschaften errichteten Wohnhäusern mit mehr als drei Vollgeschossen müssen Aufzüge eingebaut werden.

Die Stadt muss den in ihr wohnenden Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes und selbständiges Wohnen in den eigenen vier Wänden ermöglichen. DIE LINKE. Köln befürwortet den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Heime separieren die Menschen von der Gesellschaft, in der und mit der sie leben möchten. Betreutes Wohnen dagegen unterstützt die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Menschen mit Behinderungen und sichert das gewohnte soziale Umfeld der Betroffenen. Für persönliche Betreuung und notwendige Assistenz muss allerdings gesorgt sein.

- Um Menschen mit Behinderungen eine sportliche Betätigung zu erleichtern, sollte als erster Schritt in jedem Stadtbezirk mindestens eine barrierefreie Sporthalle zur Verfügung stehen.

DIE LINKE setzt sich ein für

- die Sicherung, Verbesserung und bessere finanzielle Ausstattung des Fahrdienstes. Solange Barrierefreiheit in allen öffentlichen Verkehrsmitteln noch nicht gegeben ist, müssen kürzere Voranmeldefristen und eine kostenlose Inanspruchnahme möglich sein,
- eine zügigere Bearbeitung von Anträgen auf Parkplätze für Menschen mit Behinderungen und eine großzügigere Handhabung als bisher,
- mehr Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations-, und anderen Diensten, einschließlich elektronischer Dienste. DIE LINKE. Köln fordert vor allem von öffentlichen Einrichtungen barrierefreie schriftliche Informationen und Formulare, die auch für Menschen mit geistiger Behinderung lesbar sind,
- die Erfüllung der gesetzlichen Behindertenquote bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Bereich. Außerdem fordert DIE LINKE. Köln mehr Anstrengungen der Stadt, um Menschen mit Behinderung in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Sie unterstützt

das Bestreben, Menschen mit Behinderung gemäß ihrem Wunsch und ihren Möglichkeiten aus den Werkstätten heraus in den ersten Arbeitsmarkt zu überführen,

- eine breite Unterstützung von Integrationsbetrieben durch die Stadt Köln. Inzwischen gibt es in der Stadt mehrere gut funktionierende Betriebe, besonders im Kantinenbereich, die Behinderte und Nichtbehinderte beschäftigen. Diese Betriebe bedürfen einer aktiven Unterstützung durch die Stadt Köln. Sie können vor allem im schulischen Bereich eingesetzt werden, da hier durch die Gründung von Ganztagschulen ein großes Arbeitspotential besteht,
- das Recht auf individuelle Zuwendung im Rahmen der kommunalen Befugnisse, Leistungserbringung im Interesse von Menschen mit Behinderungen („persönliches Budget“). Kürzungen des trägerübergreifenden Persönlichen Budget dürfen nur mit ausdrücklichem Einverständnis der Betroffenen zulässig sein.
- Die zahlreichen Behindertenorganisationen müssen bei der Wahrnehmung ihrer Beteiligungsrechte etwa nach dem Behindertengleichstellungsgesetz noch stärker als bisher unterstützt werden.

Anmerkung: Eine Kurzfassung des Programms liegt in leichter Sprache vor.